

Interpellation Rolf Zbinden (PdA): Faschisten marschieren durch Bern – und die Polizei schaut zu und der Gemeinderat weg

Am Sonntag, 8. März 2009, zogen am frühen Nachmittag rund 150 Rechtsradikale durch Berns Innenstadt. Das vordergründige Ziel ihres Marsches auf Bern war die Unterstützung der Kampagne zur Abschaffung des Antirassismugesetzes, welche die Partei National Orientierter Schweizer PNOS zusammen mit politischen Kräften der nationalen Rechten führt. Embleme, Kleidung und Schriftzüge wiesen die Kundgebung jedoch eindeutig als neonazistische Provokation aus: „Damit zogen zum ersten Mal seit den Frontisten 1937 Rechtsextreme unbehelligt durch Bern.“ (punkt ch, 09.03.2009)

Alle Medienberichte sind sich darin einig, dass die Rechtsradikalen ungehindert, von der Polizei unbehelligt durch Berns Altstadt marschieren konnten. Über die Gründe dieser Duldsamkeit von Seiten von Police Bern ist man sich nicht einig, muss man sich wohl noch Gedanken machen. Dass die Polizeikräfte „in Burgdorf mit der Antifa-Linken gebunden“ gewesen sei (Blick am Abend, 09.03.2009), mutet angesichts der Polizeidispositive in anderen Fällen recht fadenscheinig an. Ebenso verhält es sich mit der Erklärung des Polizeisprechers Markus Schneider: „Eine solche Gruppe aus dem Stand heraus zu stoppen, ist unmöglich.“ (Blick am Abend, 09.03.2009) Abgesehen davon, dass erklärungsbedürftig ist, was Herr Schneider mit „aus dem Stand heraus“ genau gemeint haben könnte, dokumentieren Fotos ein eigenartliches Bild der Entschlossenheit von Police Bern, Neo-Nazis und Rassisten „zu stoppen“: Mit geschultertem Gewehr, Lauf nach unten, und barhäuptig wird – zugeschaut! Aber dann heisst es: Helm auf! – und „Polizisten schützen ein Grüppchen PNOS-Anhänger“ (20 Minuten Online, 08.03.2009).

Die PdA Bern will vom Gemeinderat wissen:

1. wo seine politische Verurteilung des neonazistischen Aufmarsches geblieben ist?
2. ob es ihn nicht wenigstens ein bisschen irritiert, dass Police Bern so salopp und wohlwollend mit einer faschistischen Provokation umgeht?
3. wer Bern vor den Faschisten schützt, wenn Police Bern diese schützt?

Begründung der Dringlichkeit:

In seiner Stellungnahme nimmt Sicherheitsdirektor Nause die rechtsradikale Provokation zum Anlass, eine generelle Einschränkung der Demonstrationsfreiheit zu erwägen. Angesichts dieser listigen Verrückung der Problematik, die auf rasche Massnahmen schliessen lässt, darf eine rasche Antwort des Gemeinderats erwartet werden.

Bern, 12. März 2009

Interpellation Rolf Zbinden (PdA): Regula Fischer, Luzius Theiler, Rahel Ruch, Aline Trede, Lea Bill, Cristina Anliker-Mansour

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat verurteilt die unbewilligte Kundgebung der Partei national orientierter Schweizer (PNOS) vom 8. März 2009 in Bern. Ebenso zu bedauern und verurteilen gilt es aber auch die ebenfalls an diesem Tag stattgefundenene unbewilligte Kundgebung der Linksaaktivisten. Der Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie hat der Missbilligung dieser unbewilligten Kundgebungen in der Öffentlichkeit wiederholt Ausdruck verliehen.

Zu Frage 2:

Die Kantonspolizei, welche an diesem Sonntag mit vielen Kräften in Burgdorf präsent war, hat sofort Polizeikräfte nach Bern verschoben, um der unbewilligten Kundgebung der PNOS entgegen treten zu können. Selbstverständlich nahm diese Verschiebung einige Zeit in Anspruch; zum Zeitpunkt des Zusammenzugs der nötigen Polizeieinheiten in Bern hatte sich der unbewilligte Demonstrationsumzug der PNOS zum grössten Teil bereits aufgelöst. Anzumerken bleibt, dass die in Bern noch angetroffenen Anhänger der PNOS durch die Kantonspolizei Bern eingehend kontrolliert werden konnten.

Zu Frage 3:

Die Kantonspolizei Bern versucht das gewaltsame Zusammentreffen zweier Gruppierungen so weit wie möglich zu verhindern. Dabei spielt es für die Polizei keine Rolle, ob es sich hierbei um zwei Gruppierungen verschiedener Fanclubs, verschiedener Ethnien oder verschiedener politischen Gruppierungen handelt. Anzumerken ist, dass die Polizei in den letzten Jahren verschiedentlich kurzfristig von unbewilligten Anlässen rechtsextremer Kreise Kenntnis erhalten und sofort reagiert hat. Dadurch konnten entsprechende Versammlungen teilweise verhindert werden. Die anwesenden Personen wurden jeweils eingehenden Kontrollen unterzogen und Personen, welche Straftatbestände verübt hatten, wurden bei den zuständigen Stellen der Justiz angezeigt.

Bern, 1. Juli 2009

Der Gemeinderat